

Aus Wutbürgern Partner machen

SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann plädiert für mehr Bürgerbeteiligung – auch bei der B 212 neu

In die Planungen und Entscheidungen bei Verkehrswegeprojekten sollen nach dem Willen der SPD Bürger verstärkt einbezogen werden – und das per Gesetz. Zudem sei eine stärkere Transparenz in den Verfahren gefragt. Wenn Bürger frühzeitig beteiligt werden, könnten – entgegen anders lautender Kritik – Großprojekte sogar schneller umgesetzt werden als bisher. Man müsse sich von der Vorstellung des Staates als liebevoller Papa verabschieden, sagte Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Celle.

VON MARCO JULIUS

Ganderkesee. Wie aus Wutbürgern Partner werden können, das hat die SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann aus Celle am Dienstagabend bei einer Diskussionsveranstaltung im Ganderkeseer Schützenhof versucht zu erläutern. „Vorfahrt für Bürgerbeteiligung“ lautete der Titel des Abends, den ihr Bundestagskollege, der hiesige Abgeordnete Holger Ortel moderierte. Das eher allgemein gehaltene Thema hielt die über 50 Gäste nicht davon ab, den Abend in eine Diskussion über die B 212 neu und dazugehörige Projekte umzuwandeln. Lühmann, Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestages, hatte ihren Vortrag zwar rund um den Bundesverkehrswegeplan gestaltet, die Diskussion danach zeigte, dass es den Zuhörern naturgemäß mehr um die Situation vor Ort ging.

Aktuell wird der neue Bundesverkehrswegeplan für den Zeitraum 2015 bis 2030 erarbeitet, die alte Planung stammt aus dem Jahr 2003. „Aus einer ganz anderen Zeit“, sagte Lühmann. „Die Menschen heute interessieren sich mehr für die Projekte, sie wollen mitreden und mitbestimmen.“

Stuttgart 21 sei ein extremes Beispiel dafür, wie am Bürger vorbeigeplant werde. Die SPD-Bundestagsfraktion kämpfe für mehr Bürgerbeteiligung. „Wir haben zwei Gesetzesentwürfe in den Bundestag eingebracht, durch die Volkentscheide auf Bundesebene ermöglicht werden sollen“, sagte sie. Holger Ortel sah den Ausgang weniger optimistisch. „Die andere Volkspartei“, wie er die CDU durchgängig nannte, „will das einfach nicht. Da haben wir uns als SPD immer wieder eine blutige Nase geholt.“ Für Lühmann aber ist die ernsthafte Beteiligung von Bürgern ohne Alternative.

„Die Diskussion um die Verkehrsprojekte des Bundes in unserer Region geht in eine neue Runde“, sagte Lühmann. Dabei komme alles noch einmal auf den Prüfstand. Bei aller Diskussion – etwa um die B 212 – sei zu berücksichtigen, dass der anforderungsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zunehmend neue Anforderungen stellt – an die Planung, die Finanzierung und die Durchsetzung von Verkehrsprojekten. „Die Bürgerbeteiligung kam bei der Planung bislang zu kurz. Hätten wir von Anfang an Bürgermeister und Bürger befragt, wären wir heute schon einen Schritt weiter.“

Mit dem Wechsel der Landesregierung in Hannover entstünden nun neue Möglichkeiten. „Jedes Projekt wird jetzt noch mal auf Kosten und Nutzen geprüft. Die alte Regierung hat ja munter Dinge angemeldet, einige davon sind vollkommen illusorisch“, kritisierte Lühmann. Jetzt gelte es, genau hinzuschauen und Transparenz zu schaffen. Dabei solle auch das Informationsfreiheitsgesetz helfen, das in Niedersachsen ab 2014 in Kraft treten könne.

„Wenn wir das alles so machen, werden wir zügig eine Straße bekommen, die sie

hier in der Region brauchen, mit einer Trasse, mit der sie leben können“, sagte Lühmann. Die B 212 tauche derzeit als „Platzhalter“ in der Prioritätenliste auf, das müsse man so machen, weil ohne Anmeldung in den nächsten 15 Jahren sonst überhaupt nichts geplant werden könne, erläuterte Lühmann den Hintergrund.

Das Ganderkeseer Ratsmitglied und SPD-Urgestein Heinz-Peter Häger konnte die Zuversicht Lühmanns in punkto Bürgerbeteiligung nicht teilen. „Wir haben uns ja seit Jahren eingebracht. Aber welchen Einfluss haben wir überhaupt? Und wer ist überhaupt zuständig?“, fragte er. „Wir brin-

„Die Menschen heute wollen mitreden und mitbestimmen.“

Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann

gen uns ein, weil wir Alternativen bieten können“, entgegnete Lühmann. Wichtig sei es aber, dass Bürgerbeteiligung verbindlich werde, per Gesetz verankert. „Dabei müssen wir ehrlich sagen, was Bürger mitbestimmen können und was nicht“, sagte Lühmann. „Die jetzige Gesetzeslage ist geprägt von einem väterlichen Staatsverständnis, der liebevolle Papa wird es schon richten“, sagte Lühmann. Dieses Verständnis gehöre aber abgeschafft, um eine echte Bürgerbeteiligung zu erreichen.

Zudem kam die Frage auf, wer in der hiesigen Region überhaupt das Heft des Handelns in der Hand halte, weil das Verkehrskonzept nicht nur das Land Niedersachsen, sondern auch das Land Bremen betreffe –

mit ganz unterschiedlichen Erwartungen und Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Schon bei unterschiedlichen Kommunen sei ein gemeinsames Handeln oft schwierig. „Im unseren Fall muss das Land Niedersachsen federführend sein, schließlich ist das unser Gelände“, sagte Susanne Mittag, stellvertretende Vorsitzende der SPD Weser-Ems und von Ortel „als meine künftige Nachfolgerin in Berlin“ vorgestellt. „Mit dem Wechsel der Landesregierung in Hannover gibt es jetzt Bewegung, die Gesprächsbereitschaft ist da, dafür sind wir dankbar“, sagte Mittag. Die Entscheidung über die Trassenführung in der Region sei „nahezu eine Jahrhundertentscheidung“. Auch deshalb müsse der Bürgerwille einfließen. „Seit fast 20 Jahren diskutieren wir jetzt das Verkehrskonzept. Wir haben dabei unsere Erfahrungen mit Beteiligung und Nichtbeteiligung gemacht“, sagte Mittag und ergänzte: „Der Weg ist noch lang, aber wir sind so nah dran wie nie, eine bürgerverträgliche und umweltverträgliche Lösung für unsere Region zu finden.“ In ihrem Fazit schloss sie sich Lühmann an: „Die Bürger wollen mehr Beteiligung.“ Und das von Beginn an, nicht erst dann, wenn Tatsachen geschaffen worden seien. Lühmann kritisierte in ihrem Vortrag vor allem die Bundesregierung und Verkehrsminister Peter Ramsauer mit deutlichen Worten: „Da wird lediglich empfohlen, Bürger früh einzubeziehen, aber die Beteiligung ist kein Muss. Das ist wie Analogkäse. Sieht von außen aus wie Käse, ist aber keiner.“

Der Kritik, Bürgerbeteiligung verzögere Projekte, entgegnete Lühmann: „Die Bürgerbeteiligung macht Verfahren sogar schneller, wenn sie von Beginn an läuft. Das Klagen im Anschluss verzögert die Planungen.“

WK → SK 04.07.2013